

Favoriten + Zeitungsansicht Drucken Schliessen

Zwischen Weser und Rhein

## Streit um Wohnraum und Würde

**Landespolitik: Der Flüchtlingsrat NRW kritisiert den Umgang mit den Zuwanderern. Die Parteien setzen unterschiedliche Schwerpunkte, sehen aber alle ein großes Problem - es fehlt an Unterbringungen**

**Von Christian Geisler**

Bielefeld. In der Flüchtlingsfrage hat sich in NRW der Fokus verschoben: Ging es vor einem Jahr vor allem um die Zahl der Neuankömmlinge zwischen Rhein und Weser, müssen sich Verwaltungen und Politik inzwischen mehr mit den Konsequenzen aus dem Zuzug beschäftigen. "Es gilt, den Bedarf der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, wir müssen die Menschen sehen", mahnte Birgit Naujoks vom Flüchtlingsrat NRW bei einer Veranstaltung in Bielefeld. Dies vermisse sie in der aktuellen Politik.

Naujoks übte harsche Kritik am Vorgehen des Landes: In NRW sei der Abschiebedruck gestiegen. Dabei würden "in keiner Weise menschliche Standards" beachtet werden. Bei der Unterbringung gehe der Trend zu Rieseneinrichtungen, isoliert gelegen - "da fängt die menschliche Isolation an", so Naujoks. Der Flüchtlingsrat spreche sich für Mindeststandards in den Unterbringungen aus, aktuell habe NRW aber einen "restriktiven Weg" eingeschlagen.

Ob dieser Weg richtig ist und was Alternativen wären - darüber diskutierten bei der Veranstaltung des Flüchtlingsrats NRW Abgeordnete der im Landtag vertretenen Parteien: der Rietberger André Kuper für die CDU, der Bielefelder Matthias Bolte für die Grünen, der Liberale Stephen Paul aus Herford und die Bochumerin Simone Brand für die Piraten. Die SPD nahm aus Termingründen nicht teil. Die Politiker stritten über flüchtlingspolitische Herausforderungen und ihre Vorstellung von verantwortungsvoller Politik.

### DIE CDU

"Jeder der in Not ist, soll sein Recht auf Asyl geltend machen dürfen", erklärte André Kuper. Mit dem Recht seien klare Regelungen getroffen, Fliehende sollen Schutz bekommen, "wenn jemand aber keinen Anspruch auf Asyl hat, gehört es genau so konsequent dazu wieder zurück zu müssen." Kuper lobte die ehrenamtlichen Helfer, mahnte aber auch an, dass rund 200.000 Wohnungen für Flüchtlinge in NRW fehlten. Es gelte die Migranten schnell "in Brot und Arbeit" zu bringen, Sprachkenntnisse und Wohnungen seien dafür eine elementare Voraussetzung.

### DIE GRÜNEN

"Auch wenn wir an vielen Stellen Strukturen geschaffen haben, ist es notwendig nachzubessern", sagt Bolte. Er kritisierte die mangelnde Kapazität von Unterbringungen. Darüber hinaus sollte "das Konstrukt der sicheren Herkunftsländer hinterfragt werden". Länder wie Algerien, Tunesien und Marokko seien für ihn nicht sicher, auch

Abschiebungen nach Afghanistan heißt Bolte nicht gut. Gerade auf Bundesebene habe er "viel Symbolpolitik erlebt", stattdessen gelte es "echte Lösungen zu schaffen". Beispielhaft nannte er erhöhte Zuweisungen an Kommunen, zunehmende Unterstützung für Ehrenamtliche sowie die elektronische Gesundheitskarte.

## DIE PIRATEN

Geht es nach Simone Brand, dann hätte NRW im Bereich der Flüchtlingspolitik proaktiv handeln sollen. "Das Hinterherhecheln hätte vermieden werden können", so Brand. Zwar sei "viel geschafft worden", nichtsdestotrotz fehle es an adäquater psychosozialer Betreuung der Menschen. Gerade in diesem Bereich würden Muttersprachler benötigt werden. Brand sprach sich für ein Einwanderungsgesetz aus, durch das Migranten nach ihrer Nützlichkeit für Deutschland beurteilt werden sollen.

## DIE FDP

Laut Stephen Paul hat NRW "viel Druck gebraucht, dass es ausreichend Geld gibt, um Hilfe leisten zu können". Aus diesem Grund sei die Flüchtlingspolitik "in den ersten Wochen und Monaten gar nicht gut gelaufen". Paul spricht sich wie die Piraten für ein Einwanderungsgesetz aus. "Flüchtlinge sollen nicht in bürokratische Asylverfahren gepresst werden", so der Abgeordnete. Aktuell würden Menschen, "die die Sprache beherrschen, abgeschoben und Kriminelle seien nicht außer Land zu bekommen". Paul kritisierte das geringe Angebot an Unterkünften, gerade in städtischer Lage. Es herrsche eine "nicht entspannte Konkurrenzsituation".